

Finanzkrise: Deregulierung hat mehr zur Krise beigetragen als niedrige US-Zinsen	2
Niedriglohn: Lohnspreizung ohne Beispiel	3
Arbeitsmarkt: Strategien für mehr Arbeitsplätze	4
Mindestlöhne: In Westeuropa über 8,40 Euro	6
Arbeitsmarkt: Leiharbeit – Nachbarn regulieren besser	7
TrendTableau	8

WIRTSCHAFTSKRISE

Abkehr von der Exportstrategie

Bleibt Deutschland auch nach dem Ende der Wirtschaftskrise auf den Export konzentriert, werden nicht genügend neue Jobs entstehen. Mehr Erfolg verspricht eine stärkere Orientierung auf die Binnenwirtschaft, zeigt eine Studie des IMK.*

Die Wirtschaftskrise hat exportorientierten Ländern wie Deutschland einen besonders scharfen konjunkturellen Einbruch beschert. Ohne die Kurzarbeit hätte dies auch schon weitaus stärker auf die Arbeitslosenzahlen durchgeschlagen. In den nächsten Jahren wird die Weltwirtschaft nach Einschätzung vieler Ökonomen nicht wieder so kräftig wachsen wie vor der Krise. Damit fällt der Außenhandel als treibende Kraft der deutschen Wirtschaft aus.

Bis Ende 2010 dürfte die Zahl der Arbeitslosen auf 4,7 Millionen steigen, prognostiziert das IMK. Führt Deutschland seine bisherige Exportstrategie unter den verschlechterten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen fort, dürfte die Arbeitslosigkeit auch nach dem Ende der Krise kaum zurückgehen.

Strebt die deutsche Wirtschaft sogar noch aggressiver nach mehr Exporten, würde sich der Druck auf die Löhne erhöhen. Damit wären zwar deutsche Produkte für das Ausland attraktiver – allerdings auf Kosten der Binnennachfrage. Das Wirtschaftswachstum bliebe relativ schwach.

Für ein nachhaltiges, kräftigeres Wachstum machen die Wirtschaftsforscher deshalb Vorschläge, wie sich die Binnenwirtschaft stärken ließe:

Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns. So ließe sich das Ausfransen der Lohnstruktur nach unten eindämmen. Der private Konsum würde zunehmen.

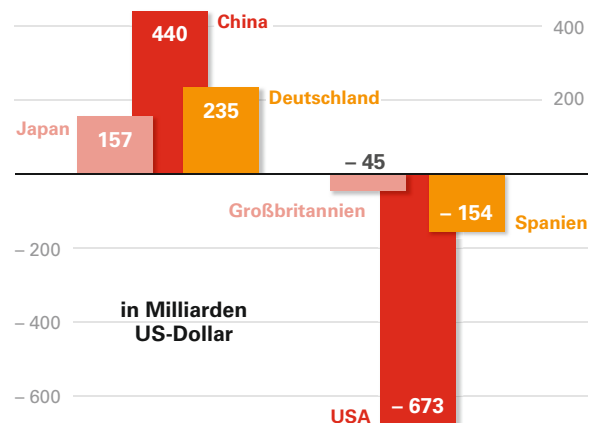
Mehr öffentliche Investitionen. Denn höhere Ausgaben für Infrastruktur und Bildung steigern die Produktivität – und ermöglichen damit auch privaten Wohlstand.

Förderung privater Investitionen. Das Steuersystem sollte auch für Privatleute Anreize setzen, in die reale Wirtschaft zu investieren – und nicht in Finanzprodukte. Deshalb sollten Finanzmarkttransaktionen besteuert werden.

Eine Abkehr von der Exportstrategie bedeute „nicht, dass die Exporte reduziert werden müssten, sondern, dass in Zukunft eben auch die Importe nach Deutschland sich im Gleichklang mit den Exporten bewegen sollten“, betonen die IMK-Forscher. ◀

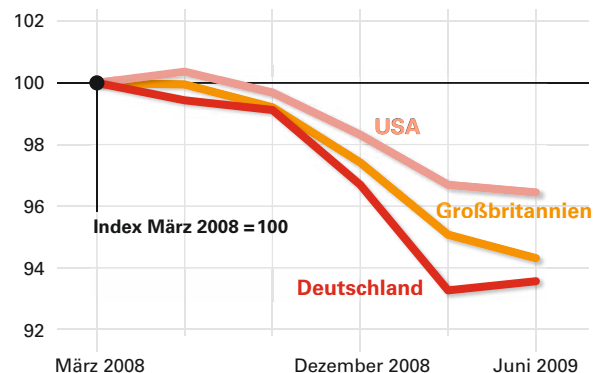
Massive globale Ungleichgewichte

2008 betrugen die Leistungsbilanzsalden in ...



Wirtschaftskrise trifft Deutschland am stärksten

Das Bruttoinlandsprodukt entwickelte sich ...



Quelle: IMK 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

* Quelle: Gustav Horn, Heike Joeßges, Rudolf Zwiener: Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (II): Globale Ungleichgewichte als Ursache der Krise, IMK Report Nr. 40 August 2009
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de